



Stellungnahme der Koordinationsgruppe der IUL-Molkereiabteilung zum Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPPA)

Unsere Gewerkschaften sind Mitgliedsverbände der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Catering-, Tabak- und anverwandter Arbeitnehmerverbände (IUL), der internationalen Vereinigung von Gewerkschaften, die Arbeitnehmer/innen in der Landwirtschaft, in der Verarbeitung und Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken sowie in Hotels, Restaurants und Catering vertritt. Die IUL-Mitgliedsverbände vertreten Arbeitnehmer/innen in 9 der 12 Länder, die an den geheimen Verhandlungen des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPPA) teilnehmen.

Das TPPA und andere vorgeschlagene Handels- und Investitionsabkommen werden innerhalb der Exekutive der IUL sowie im Rahmen der diversen nationalen Foren unserer Gewerkschaften laufend zur Diskussion gestellt. Wir bringen regelmäßig unsere ernsthaften Bedenken zu den wenigen, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Informationen zum Ausdruck und beziehen Position zu den viel häufiger in Form von Enthüllungen von den TPPA-Verhandlungen nach außen dringenden Textpassagen.

Am 26. August 2015 tagten die Gewerkschaften der Arbeitnehmer/innen im Molkereisektor in San Francisco, California, und evaluierten den Stand der TPPA-Verhandlungen, wobei sie sich auf die von der Globalen IUL-Molkereikonferenz 2014 verabschiedeten EntschlieÙung zu Handels- und Investitionsabkommen bezogen.

Die IUL-Mitgliedsverbände beschloÙen, dass die Verhandlung dieser Art von Abkommen in einem offenen und demokratischen Verfahren zu erfolgen hat und den Bürgern und ihren demokratisch gewählten Vertretern sowie anderen Vertretern der Zivilgesellschaft, darunter den Gewerkschaften, ermöglicht werden muss, ihre Anliegen und Vorschläge einzubringen und das Verfahren zu überwachen.

Diese Abkommen dürfen ausländischen Investoren nicht das Recht einräumen, Regierungen zu klagen, wenn diese den Interessen der Arbeitnehmer/innen und den Rechten der Bürger/innen Priorität einräumen und sie über den Profit der transnationalen Konzerne und Investoren stellen.

Wir sind besorgt, dass die für Menschen lebensnotwendigen Güter wie Nahrungs- und Arzneimittel durch diese Abkommen nur noch eingeschränkt zugänglich werden.

Wir lehnen Handelsabkommen ab, die eine Kürzung der Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zur Folge haben und die Arbeitnehmer/innen und Kleinproduzent/innen im Molkereisektor um ihren Lebensunterhalt bringen.

Weltweit sind arbeitende Familien von Umweltproblemen betroffen, die von den Niedrigstandards der Globalisierung des 20. Jahrhunderts und schlechten Handelsvereinbarungen verursacht wurden. Das TPPA-Umweltkapitel erweist sich als vollkommen ungeeignet, um für die Wahrung nationaler Umweltgesetze sowie solcher Verpflichtungen zu sorgen, welche in multilateralen Umweltschutzvereinbarungen eingegangen wurden; es stellt im Gegenteil eine Gefahr für sie dar.

Schließlich verurteilen wir Vorschläge, deren Ziel in der Aushöhlung bzw. Abschaffung demokratischer Rechte wie etwa der Gewerkschaftsrechte und des Rechts auf Nahrungsmittelsicherheit und Ernährungssouveränität besteht.

Besonders alarmiert uns, dass zu dem Zeitpunkt, als die Unterhändler Ende Juli ihre Verhandlungsrunde in Hawaii abschlossen, unsere Anliegen unverändert aktuell waren und ein Abschluss der TPPA-Verhandlungen in ihrer gegenwärtigen Form eine wesentliche Erosion der Menschenrechte, der Nahrungsmittelsicherheit und des Lebensunterhalts der Menschen bedeuten würde.

Wir stellen ferner fest, dass der Zugang zu den Molkereimärkten zu den nach wie vor ungelösten Fragen zwischen den Ländern gehört.

Wie weiter oben festgestellt, sind wir der Überzeugung, dass demokratische Nationen das Recht haben, im Interesse ihrer Bevölkerungen deren Arbeitsplätze und Lebensunterhalt zu schützen. So sichert etwa in Kanada die Versorgungsregelung den Produzenten Preisstabilität und den Arbeitnehmern stabile Einkommen, ein System, das in Kanada breite demokratische Unterstützung genießt. Seine Beibehaltung bzw. Änderung sollte ausschließlich im Ermessen der kanadischen Bevölkerung liegen, die darüber frei von Einschüchterung oder Erpressung durch Konzerne oder andere Nationen entscheidet.

Die Molkereibesetzten und ihre Gewerkschaften in den TPPA-Ländern haben ein Interesse daran, ihre Gemeinden zu schützen und die Molkereipreise und Löhne stabil zu halten. Die Gewerkschaften setzen sich entlang der gesamten Molkereilieferkette dafür ein, dass die Beschäftigten existenzsichernde Löhne erhalten und die Vorteile der Kollektivverhandlung genießen. Die Debatte über das sensible Thema des Zugangs zu den Molkereimärkten ist festgefahren. Es dürfte an der Zeit sein, diesen Punkt fallen zu lassen und sich den anderen Problemen im Zusammenhang mit dem TPPA zuzuwenden.

In der Öffentlichkeit wird im Zusammenhang mit den TPPA-Verhandlungen stets auf den Zugang zu den Märkten gepocht; die viel wesentlichere Frage – der uneingeschränkte Zugang für Investoren, die sich über den Erwerb von Land und die Übernahme der Verarbeitungsbetriebe die Kontrolle über die Milchversorgung sichern wollen – wird jedoch im Geheimen verhandelt.

Selbst wenn die TPPA-Verhandlungen unter Beibehaltung einiger den Marktzugang betreffender Einschränkungen abgeschlossen werden, befürchten wir, dass die legitimen Restriktionen hinsichtlich der Investitionen und einer daraus resultierenden Kontrolle über die Milchversorgung durch die Konzerne entfernt bzw. wesentlich entschärft werden dürften.

Damit wären die nationale Nahrungsmittelsicherheit und die souveränen Ernährungsrechte ernsthaft bedroht, während die Rechte der Staaten, Gesetze im öffentlichen Interesse zu

verabschieden, infolge der ISDS-Bestimmungen für die Investor-Staat-Streitbeilegung ökonomisch und rechtlich ernsthaft beschnitten wären.

Die IUL arbeitet mit unseren nationalen Mitgliedsgewerkschaften in den Ländern, in denen eine Bandbreite an demokratischen Rechten in Gefahr sind, zusammen, um ihnen die Unterstützung zur Verfügung zu stellen, die sie für einen effektiven Widerstand gegen Maßnahmen ihrer Regierungen benötigen, die eine Bedrohung für die Demokratie und die Bürgerrechte darstellen.